

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften am 27. August 2007 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Anwesenheit:

Herr Dr. Bartels	
Herr Dr. Bremer	
Herr Dr. Döring	
Frau Heinrich	
Herr Dr. Kühne	
Herr Dr. Steffens	i. V. für Herrn Liskow
Herr Bladt	i. V. für Herrn Dr. Meyer
Herr Mundt	
Herr Frisch	- entschuldigt
Herr Prof. Dr. Hardtke	
Herr Dr. Kerath	
Herr Bauer	i. V. für Herrn Noack

Verwaltung

Frau Teetz
Herr Kremer
Herr Wille
Frau Baas
Frau Resch
Herr Petschaelis
Herr Paul
Frau Friedrich
Frau Schlegel
Herr Imhorst

Gäste

Herr Dr. Cuypers zum TOP 5.11
OZ

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
- 4.1. Einbringung der bebauten Liegenschaft Anklamer Straße 106/108 als stammkapitalerhöhende Sacheinlage in die WVG 04/567
B315-21/06
- 4.2. Prüfauftrag zur Bereitstellung von Dachflächen städtischer Gebäude und derer der stadteigenen Gesellschaften, hier: Multifunktionsgebäude der Erwin-Fischer-Schule 04/714
B405-26/07
- 4.3. Prüfauftrag zur Grundsanierung Kindertagesstätten 04/676
B389-25/07
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Entsperrung von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt sowie die Aufhebung des Haushaltsvermerkes 04/730
- 5.2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 für die Jahre 2007 bis 2011 04/729
- 5.3. Feuerwehrgebührensatzung / privatrechtliche Entgelte 04/731
- 5.4. Sollübertragung einer Ausgabe für Planungsleistungen zur grundschulgerechten Sanierung des Gebäudes des jetzigen Gymnasiums „Johann Gottfried Herder“ 04/732
- 5.5. Mehrzweckgebäude Fischer-Schule und Humboldt-Gymnasium Aufbau und Installation von Photovoltaik-Anlagen 04/725
- 5.6. Jahresabschluss des Abwasserwerkes Greifswald 2006 04/728
- 5.7. 3. Änderungssatzung zur Abwasserbeitrags- 04/727

satzung

- | | | |
|------|--|--------|
| 5.8. | 3. Änderungssatzung der Benutzungs- und
Gebührensatzung der Musikschule der Uni-
versitäts- und Hansestadt Greifswald | 04/726 |
| 5.9. | Mitgliedschaft der Universitäts- und Hanse-
stadt Greifswald im noch zu gründenden Ver-
ein "Europäische Route der Backsteingotik
e.V." | 04/718 |
| 5.10 | Vertrag TU Dresden über Verkehrserhebung | 04/720 |
| 5.11 | Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflan-
zen auf Flächen der Universitäts- und Hanse-
stadt Greifswald | 04/699 |
| 6. | Bestätigung des Protokolls vom 04.06.2007 | |
| 7. | Informationen der Verwaltung | |
| 8. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder | |
| 9. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |
| 10. | Sonstiges | |
| 11. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

Zu TOP: 4. *Beschlusskontrolle*

Zu TOP: 4.1. *Einbringung der bebauten Liegenschaft Anklamer Straße 106/108 als stammkapitalerhöhende Sacheinlage in die WVG*

Die Übertragung und die notarielle Beurkundung sind erfolgt. Die Eintragung ins Handelsregister steht noch aus.

Zu TOP: 4.2. *Prüfauftrag zur Bereitstellung von Dachflächen städtischer Gebäude und derer der stadteigenen Gesellschaften, hier: Multifunktionsgebäude der Erwin-Fischer-Schule*

Da hier eine Stellungnahme in der Tagesordnung ist, wird dieser Punkt mit unter TOP 5.5 behandelt.

Zu TOP: 4.3. *Prüfauftrag zur Grundsanierung Kindertagesstätten*

Durch die Verwaltung wird der Bürgerschaft im September eine Prioritätenliste für Investitionen im Haushaltsjahr 2008 zur Diskussion vorgelegt, wo auch dieser Punkt mit einfließen wird.

Zu TOP: 5. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Zu TOP: 5.1. *Entsperrung von Haushaltsmitteln im Vermögenshaushalt sowie die Aufhebung des Haushaltsvermerkes*

Herr Wille erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es sich hier um den Technologiepark handelt. Im Vermögenshaushalt 2007 ist die Investitionsmaßnahme eingeplant. Die sieht einen gewissen Anteil an Fördermitteln und 130 TEUR an Eigenmitteln vor. Diese Ausgabe ist gesperrt worden, weil die entsprechende Kreditgenehmigung, über die die Eigenmittel finanziert werden sollten, nicht erteilt wurde. Derzeit verfügen wir im Vermögenshaushalt über mehr Einnahmen aus Vermögensveräußerungen als in den Verwaltungshaushalt laut Haushaltsplan überführt werden sollen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, diese Haushaltssperre von 130 TEUR aufzuheben und den Vermerk, wonach die Ausgaben erst getätigt werden dürfen, wenn Fördermittelbescheide vorliegen, zu streichen.

Die Fläche Technologiepark soll vermarktet und erschlossen werden, um dort einen weiteren Ausbau von technologiebasierten Unternehmen voranzutreiben. Nach Aussage des Wirtschaftsministeriums wird es in diesem Jahr für die Realisierung der Gesamtmaßnahme keinen Fördermittelbescheid geben. Es gibt zurzeit einen

Kaufinteressenten für Flächen, die unmittelbar an der Siemensallee grenzen. Es wird vorgeschlagen, den Betrag zu entsperren, um handlungsfähig zu sein und die Vermarktung nicht zu behindern und eventuell kleinere Erschließungsleistungen erbringen zu können.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen werden von Herrn Wille beantwortet. Es gab einen Erlass zur Aufstellung der Haushaltspläne, nach dem Erlöse aus Vermögensveräußerungen vorrangig zum Defizitausgleich zu verwenden, gleichzeitig aber Kreditaufnahmen zu vermeiden sind. Der Haushaltsplan wurde nach diesen Vorgaben aufgestellt. Es wurde mit einer Summe von 1,7 Mio. EUR aus Vermögensveräußerungen gerechnet. In der Haushaltsdurchführung werden aber Mehreinnahmen realisiert. Im Haushaltserlass zur Haushaltssatzung 2007 gibt es keine Auflage, die die Überführung von Mehrerlösen an den Verwaltungshaushalt vorsieht. Der Beschluss bedarf keiner Bestätigung durch das Innenministerium.

Herr Dr. Bremer bittet darum, bis zur Bürgerschaftssitzung noch einmal zu prüfen, ob diese Entscheidung rechtlich möglich ist.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 für die Jahre 2007 bis 2011

Die Vorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Anhand einer Präsentation wird die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes von Herrn Wille erläutert. Die Präsentation wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

In der anschließenden Diskussion wird Unzufriedenheit über die Haushaltssituation und über die geplante Anteilsveräußerung deutlich.

Herr Mundt verweist darauf, dass der Haushalt in den letzten Jahren immer aufgestellt wurde, ohne freiwillige Leistungen zu streichen, obwohl ein defizitärer Haushalt bestand. Es gibt auch Einsparpotential, das nicht genutzt wurde. Es ist auch zu erwähnen, dass die Mitarbeiter der Stadt aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes auf Gehalt verzichten. Laut Haushaltssicherungskonzept ist der Verkauf der WVG für 2009 eingeplant.

Die Bürgerschaft hat das Haushaltssicherungskonzept beschlossen, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen, so Frau Teetz. Viele Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, und so Einsparungen erzielt. Eine Maßnahme war, zu prüfen, ob ein Anteilsverkauf der WVG erfolgen kann, um Altfehlbeträge abzubauen. Erst im Verfahren wird die Bürgerschaft über den Verkauf entscheiden.

Bis zur Bürgerschaftssitzung ist der Text auf der Seite 6, 2. Absatz, der Tabelle anzupassen, da ein leichter Überschuss zu verzeichnen ist.

Auf Nachfrage betreffs der Zusammensetzung der Personalkosten verweist Herr Wille auf die Erläuterung dazu in der Beschlussvorlage.

Der Ausschussvorsitzende schlägt auf Anregung von Dr. Bremer vor, sich in einer Ausschusssitzung speziell mit den Verwaltungskosten zu befassen, insbesondere für den Haushalt 2008. Hierzu wird es eine Abstimmung seitens Herrn Mundt mit der Verwaltung geben.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.3. Feuerwehrgebührensatzung / privatrechtliche Entgelte

Frau Friedrich erläutert die Vorlage und verweist darauf, dass bei der Erarbeitung der Satzung die Rechtsabteilung mit einbezogen wurde. Aufgrund der Novellierung des Brandschutzgesetzes ist die bisher geltende Gebührensatzung aus dem Jahr 1995 zu überarbeiten.

In der anschließenden Diskussion wird hinterfragt, wie sich der Stundensatz beim Personal – gehobener feuerwehrtechnischer und höherer feuerwehrtechnischer Dienst – zusammensetzt. Bei beiden ist ein Stundensatz von 28,21 EUR vorgesehen. Auch sind die Einsatzstunden aus der Vorlage nicht nachvollziehbar.

Betreffs der Personalkosten antwortet Herr Paul, dass diese auf die Zuarbeit der Personalabteilung beruhen. Ändern wird sich die Höhe der Gebühren, denn hier bezieht man sich auf die Steigerung der Personalkosten sowie auf die erhöhten Kosten für die Unterhaltung der Technik. Außerdem werden nicht alle Einsätze kostenfrei sein. Es stellt sich in der Diskussion die Frage, ob es eine 100 %ige Kostendeckung ist oder ob es ein Beitrag ist, der zur Haushaltskonsolidierung geleistet wird, der noch nicht 100 %ig ist.

Zur Kostendeckung der Feuerwehr, so Herr Wille, sind die meisten Einsätze nach dem Barndschutzgesetz kosten- und gebührenfrei, was bedeutet, dass die Gemeinde erst einmal Mittel vorhalten muss. Es gibt gebührenpflichtige Einsätze. Da muss die Gebührenhöhe berechnet werden, die aus den Gesamtstunden errechnet wird.

Wenn man von kostendeckend spricht, kann man sich daher nur auf die Einsatzstunde beziehen.

Wenn die Satzung beschlossen wird, so Herr Paul, werden die Gebührensätze kostendeckend sein. Bezüglich der Einsatzstunden gibt es hier eine Dienstvorschrift der Feuerwehr.

Da die Frage hinsichtlich der Personalkosten nicht eindeutig beantwortet werden kann, erhält die Verwaltung den Auftrag, bis zum Hauptausschuss eine exakte Kalkulation der Personalkosten vorzulegen. Gleichzeitig ist aufzuzeigen, ob Pensionsverpflichtungen beim Jahresbruttogehalt bei den Beamten mit eingerechnet sind.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Abstimmungsergebnis: bei 5 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.4. Sollübertragung einer Ausgabe für Planungsleistungen zur grundschulgerechten Sanierung des Gebäudes des jetzigen Gymnasiums „Johann Gottfried Herder“

Die Vorlage wird von Herrn Wille erläutert.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 5.5. Mehrzweckgebäude Fischer-Schule und Humboldt-Gymnasium Aufbau und Installation von Photovoltaik-Anlagen

Die Informationsvorlage liegt den Ausschussmitglieder vor.

In der Diskussion zeigt sich, dass man vom Aufbau und der Installation einer Photovoltaik-Anlage nicht überzeugt ist. Es stellt sich die Frage, ob man hier eine ernsthafte Prüfung vorgenommen hat. Die

Investition würde sich erst nach 16 Jahren rentieren. Es entsteht der Eindruck, dass die Dinge nicht gründlich geprüft wurden.

Eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit ist erfolgt, so Herr Kremer. Derzeit wird die Aufstellung dieser Anlage auf dem Dach der Schule geprüft, welche dann zu vermieten wäre. Bezüglich einer Installation auf dem Anbau wären neue Planungen nötig, die ca. 1 Jahr in Anspruch nehmen würden.

Hier könnte es dann zu Finanzierungsproblemen kommen. Eine Finanzierung erfolgt aus dem Ganztagschulprogramm, das Ende 2008 ausläuft.

Der zusätzlich erhöhte Aufwand für die notwendige Statik würde 10 bis 15 TEUR betragen.

Da es sich um eine Informationsvorlage handelt, erfolgt keine Abstimmung.

Zu TOP: 5.6. Jahresabschluss des Abwasserwerkes Greifswald 2006

Frau Teetz bringt die Vorlage mit dem Hinweis ein, dass die Eigenkapitalverzinsung in die Gebührenkalkulation mit einbezogen wird.

Herr Dr. Döring hat die Beratung verlassen.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Herr Dr. Döring nimmt an der Beratung wieder teil.

Zu TOP: 5.7. 3. Änderungssatzung zur Abwasserbeitragssatzung

Frau Schlegel bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Bremer regt an, dass durch die Verwaltung eine Satzung auf den Weg zu bringen ist, bei der man sich nicht durch Berater beeinflussen lässt.

Herr Mundt lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.8. *3. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

An alle Mitglieder wird im Vorfeld ein Papier ausgereicht, welches eine Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt der Musikschule enthält.

Frau Resch erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass Grundlage der Satzung ist, dass bei der Berechnung der Gebühren für Gruppen nach der Größe Unterschiede eingeführt werden sollen.

Das Ziel dieser Satzungsänderung soll sein, mehr Schüler für die Musikschule zu gewinnen. Da die Vorlage haushaltsrechtliche Auswirkungen hat, ist sie dementsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 5.9. *Mitgliedschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald im noch zu gründenden Verein "Europäische Route der Backsteingotik e.V."*

Die Vorlage wird von Frau Teetz eingebracht.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, lässt der Ausschussvorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen beschlossen

Zu TOP: 5.10. *Vertrag TU Dresden über Verkehrserhebung*

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Imhorst anwesend, der die Vorlage erläutert. Hierbei geht es in erster Linie um eine Befragung vorrangig zum Verkehrswesen, wie z.B. Kfz-Nutzung, Nutzung des öffentlichen Verkehrs.

Nach kurzer Diskussion spricht man sich eindeutig gegen einen Vertrag aus. Außerdem wird angeregt, diese Erhebung nach Fertigstellung der Bahnparallele durchzuführen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 5.11. *Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf Flächen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag, Herrn Dr. Cuypers von BioConValley ein Rederecht einzuräumen.

Herr Dr. Cuypers wird mit **9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen** ein Rederecht eingeräumt.

Nachdem Herr Dr. Döring die Vorlage eingebracht hat, werden durch Herrn Dr. Cuypers einige Erläuterungen gegeben, die gegen die Vorlage sprechen

Hierbei hebt er hervor, dass der Antrag abzulehnen wäre,

- da er imageschädigend für den Technologiestandort ist, und somit potentielle Investoren und Studenten abschreckt,

- da er die Nutzung des Potentials für eine umweltschonende Landwirtschaft auch durch gentechnisch veränderte Pflanzen verhindert.

Bei der Vorlage handelt es sich mehr um Glaubenssätze und Behauptungen, es fehlt der wissenschaftliche Anspruch, so Dr. Kühne in der Diskussion.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, und 2 Enthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 6. Bestätigung des Protokolls vom 04.06.2007

Das Protokoll wird mit **8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen** bestätigt.

Zu TOP: 7. Informationen der Verwaltung

Frau Teetz und Herr Wille geben folgende Informationen:

- Durch den Landesrechnungshof wird es im September eine überörtliche Prüfung in der Stadtverwaltung geben. Hierbei wird es insbesondere Prüfungen im Sozial- und Jugendhilfebereich sowie bei den kommunalen Beteiligungen geben.

- Die Zuschlagserteilung bei der Beratung für die Veräußerung eines Minderheitsanteils an der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald erfolgte an die Deutsche Bank AG, Withe & Case LLP, DK Deutsche Kommunal Consult GmbH. Am 05.09.2007 wird es eine gemeinsame Beratung geben, um den Projektzeitplan zu vereinbaren und abzu-

stimmen.

- Vorbereitung des Haushaltsplanes 2008, hierbei wird insbesondere auf die Erarbeitung einer Prioritätenliste des Vermögenshaushaltes für die Bürgerschaft im September hingewiesen,
 - Der Haushaltsplan 2008 soll in den Ausschusssitzungen im November beraten werden, um ihn somit der Bürgerschaft im Dezember zur Beschlussfassung vorzulegen. Durch die Ämter sind die notwendigen Zuarbeiten erfolgt.
-

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Bartels fragt nach, ob der Aufbaustab zur Verwaltungsmodernisierung weiterhin tagen wird. Frau Teetz antwortet darauf, dass die gesetzliche Grundlage entfallen ist, aber man sich möglicherweise noch zur Stadt-Umland-Problematik. verständigen will.

Herr Dr. Bremer spricht das Problem der Schulwegsicherung von den Galgenkampwiesen bis zur Krullschule an. Derzeit legen die Schüler einen Schulweg von 14 km zurück. Er will wissen, wie lange die Stadt den Familien dieses noch zumuten will. Den Betroffenen sollte Hilfe zugesichert werden.

Bezüglich der zweiten Ausbaustufe B-Plan Galgenkampwiesen gibt es entgegen der bisherigen Planung Änderungen dahingehend, dass die Eigenheime zu dicht an den Steinmetzer gebaut werden. Ursprünglich war eine Verlegung in die Grimmer Straße hinter den Gewerbebetrieben vorgesehen, die gleichzeitig auch als Schallschutz dienen sollte. Diese sei jedoch aus Kostengründen vom Tisch. Nach wie vor sollte eine Verlegung des Betriebes an den vorgenannten Standort erfolgen, um so einen Konflikt der Bewohner mit den angrenzenden Gewerbebetrieben zu vermeiden.

Der Attraktivität des Wohngebietes schadet das nicht, so Herr Kremer. Entsprechend der zweiten Ausbaustufe gibt es für alle Grundstücke Interessenten, und es sind auch keine Konflikte dieser mit dem anliegenden Steinmetzbetrieb zu erwarten. Die Eigenheime reichen nach dem B-Plan bis an die Gewerbebetriebe heran.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

keine

Zu TOP: 10. Sonstiges

entfällt

Zu TOP: 11. Schluss der Sitzung

20:00 Uhr

gez: Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

gez: Hannelore Below
für das Protokoll

Anlage